



Pressefrühstück

Bildung – das Sprungbrett aus der Armut?

**Bildung im Fokus des Europäischen Jahres 2010
zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.**

Wien, 07. Mai 2010

Ihre GesprächspartnerInnen

- **Dr. Claudia Schmied,**
Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

- **Rudolf Hundstorfer,**
Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

**Ohne Bildung in die Armut?
– Aus der Armut mit
Bildung!**

Rund 80 Millionen Menschen in der EU sind von Armut bedroht – dies entspricht etwa 17% der europäischen Bevölkerung. Armut hat nicht nur viele Gesichter, sondern auch viele Ursachen. Eine wesentliche ist hierbei die Bildungsarmut.

**Armutsgefährdung bei
Personen mit
Pflichtschulabschluss drei
Mal so hoch wie bei
Uniabsolventen**

So sind Personen in Österreich, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, mit 22% überdurchschnittlich armutsgefährdet.¹ Sie gehören somit zu jenen Gruppen, die am meisten von Armutsgefährdung betroffen sind. EU-weit wird ein ähnliches Bild gezeichnet. Personen, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, sind mit 23% armutsgefährdet.² Dass Bildung vor Armut schützt, zeigt ein Blick an das andere Ende des Spektrums: Menschen mit Universitätsabschluss gehören in Österreich mit nur 6% Armutsgefährdung zu den am wenigsten gefährdeten Gruppen. Schon ein Sekundärabschluss, d.h. Matura oder ein gleichwertiger Abschluss, würden das Armutsrisiko auf die Hälfte verringern. Denn nur 8% der Menschen mit Matura sind armutsgefährdet.

Aber nicht nur die Armutsgefährdung steigt mit niedrigem Bildungsniveau. Menschen, die ihre Ausbildung frühzeitig abbrechen, sind einem höheren sozialen Ausgrenzungsrisiko ausgesetzt. Zwar liegt mit 10,1% der Anteil an frühen Schulabgängern in Österreich deutlich unter dem EU-Schnitt von 14,9%, dennoch brechen jährlich immerhin 10.000 Personen – vorwiegend Jugendliche – ihre Schulbildung frühzeitig ab.³

Bildung ist zu einem großen Teil „erblich“. So ist es für Kinder aus Akademikerfamilien einfacher selbst einen Hochschulabschluss zu erreichen. Beinahe die Hälfte der 25- bis 44-jährigen aus Akademikerfamilien hat selbst einen Universitätsabschluss. Auch die Auswirkung auf die Schulabbruchsquote ist gravierend: Sind die Eltern Akademiker, liegt diese bei 3,7%. Ist die Schulbildung der Eltern niedrig, erhöht sich die Quote auf bis zu 18,7%.

Das Europäische Jahr 2010 hat unter anderem zum Ziel,

¹ EU-SILC, 2008

² Eurostat, 2007

³ EU-SILC, 2008

die Öffentlichkeit für das Thema Armut in Zusammenhang mit Bildung zu sensibilisieren und dazu beizutragen, den gesellschaftlichen Konsens für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in unserer Gesellschaft zu stärken. Bildung stellt ein zentrales Instrument zur Schaffung von gesellschaftlicher Chancengleichheit dar.

Auch in der Krise: Bildung ist der „Joker“ am Arbeitsmarkt

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat bis heute die Beschäftigungsrate im Griff. Die Bedeutung von Bildung bei der Arbeitsplatzsuche wird besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten deutlich: Arbeitslose oder Nichterwerbstätige mit höherem Bildungsniveau verfügen über wesentlich größere Chancen, schnell einen neuen Arbeitsplatz zu finden, als dies für niedrig qualifiziertere Gruppen der Fall ist. Kurz: Wer besser gebildet ist, hat auch die besseren Karten am Arbeitsmarkt in der Hand – und Beschäftigung schützt wiederum vor Armut.

EU legt strategischen Fokus auf Schulabbrecher und mehr Hochschulabschlüsse

Die EU begegnet dieser Problematik mit der Strategie „EU-2020“ – diese soll den Weg der Europäischen Union bis zum Jahr 2020 vorgeben. Ein Fokus: Schulabbrecher. Das Kernziel ist es, den Anteil der Schulabbrecher von derzeit knapp 15% auf unter 10% zu senken. Ein weiteres Ziel ist die Erhöhung der Hochschulabschlüsse in der jüngeren Generation von derzeit 31% auf mindestens 40 %.

Lebenslanges Lernen als Grundvoraussetzung für Qualifikationsniveau

Der europäische Arbeitsmarkt wird immer komplexer und mobiler und ist durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet. Die Europäische Union definiert allgemeine und berufliche Bildung sowie lebenslanges Lernen als Grundvoraussetzungen, um das Qualifikationsniveau den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts entsprechend anzupassen. Rund 80 Millionen Menschen verfügen nur über eine geringe Qualifikation. Von den Angeboten für lebenslanges Lernen profitierten bisher vorwiegend besser (aus)gebildete Menschen. Die EU erwartet eine Steigerung der Anzahl an Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte um 16 Millionen und ein Sinken jener für geringer Qualifizierte um 12 Millionen. Durch die Verlängerung des Erwerbslebens müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die Qualifikation der Menschen konstant ausbauen zu können.

Wozu ein Europäisches Jahr 2010?

Bereits seit 1983 initiiert die EU sogenannte Europäische Jahre, um die Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft für bestimmte Themen zu wecken. Das Jahr 2010 wurde zum Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Denn Armut und soziale Ausgrenzung beeinflussen nicht nur die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen, sondern beeinträchtigen auch die gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Union.

4 große Ziele:

- **Anerkennung von Rechten**
- **Gemeinsame Verantwortung und Teilhabe**
- **Zusammenhalt**
- **Engagement und konkretes Handeln**

Neben der Sensibilisierung für Armut und soziale Ausgrenzung verfolgt die EU mit dem Europäischen Jahr 2010 vier große Ziele:

Anerkennung von Rechten:

Anerkennung des Grundrechts der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen auf ein Leben in Würde und umfassende Teilhabe an der Gesellschaft. Das Bewusstsein für die Lage armer Menschen soll geschärft, ihr Zugang zu Rechten, Ressourcen und Dienstleistungen gefördert sowie Stereotype und Stigmatisierungen bekämpft werden.

Gemeinsame Verantwortung und Teilhabe:

Verstärkte Identifizierung der Öffentlichkeit mit Strategien und Maßnahmen zur Förderung der sozialen Eingliederung durch Betonung der Verantwortung, die jede und jeder Einzelne im Kampf gegen Armut und Marginalisierung trägt.

Zusammenhalt:

Förderung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts durch Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorteile, die für jeden mit einer Gesellschaft verbunden sind, in der es keine Armut mehr gibt, in der eine gerechte Verteilung ermöglicht und in der niemand an den Rand gedrängt wird.

Engagement und konkretes Handeln:

Bekräftigung des starken politischen Engagements der Europäischen Union für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und Förderung dieses Engagements auf allen Entscheidungsebenen.

Zur Umsetzung dieser Ziele werden auf europäischer und nationaler Ebene Zusammenkünfte, Veranstaltungen, Informations- und Aufklärungskampagnen sowie

Umfragen, Studien und Aktionspläne gefördert. Die Europäische Union stellt insgesamt 17 Millionen Euro für das Europäische Jahr zur Verfügung. Für die Aktivitäten in Österreich ist ein Betrag in der Höhe von rund 250.000 Euro vorgesehen, der von österreichischer Seite kofinanziert wird.

Umsetzung auf nationaler Ebene – Ziele und Aktivitäten

Die auf europäischer Ebene formulierten Leitlinien und Zielsetzungen gilt es, auf österreichischer Ebene in konkrete Maßnahmen und Inhalte umzusetzen.

Was heißt das nun für Österreich? Österreich hat sich auf nationaler Ebene folgende Schwerpunktthemen gesetzt:

- Förderung von integrativen Arbeitsmärkten und integrierten Ansätzen zur aktiven Eingliederung
- Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Sicherstellung des Zugangs zu angemessenen Ressourcen und Leistungen
- Förderung der sozialen Eingliederung durch Bildung und Weiterbildung.

Neben EU-weiten Schwerpunktwochen, der Eröffnungskonferenz in Salzburg, den drei Regionalkonferenzen und der nationalen Homepage wird Österreich auch proaktiv tätig: 16 Projekte von gemeinnützigen Organisationen werden gefördert. Die Umsetzung des Europäischen Jahres 2010 auf nationaler Ebene erfolgt durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK).

16 Projekte mit rund 300.000 Euro gefördert

Von 60 Projektanträgen wurden 16 Projekte ausgewählt, die insgesamt mit rund 300.000 Euro gefördert werden. Das Fördergeld fließt an gemeinnützige Organisationen aus den unterschiedlichsten Bereichen.

Konkrete Projekte, die helfen sollen die Armut in Österreich zu senken, sind (siehe auch Beilagen):

- „Reich an Wissen - zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung" (Kinderuni)
- „Tagung Armut und Bildung“ (Verband Österreichischer Volkshochschulen und Forum Katholischer Erwachsenenbildung)

**26 prominente
BotschafterInnen gegen
Armut und soziale
Ausgrenzung**

Um ein breites Publikum zu erreichen, wurden nationale Botschafterinnen und Botschafter für das Europäische Jahr 2010 ernannt – das sind einerseits prominente Österreicherinnen und Österreicher aus den Bereichen Kunst & Kultur, Sport, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft, und andererseits ExpertInnen und Personen, die mit Betroffenen in direktem Kontakt stehen und unmittelbares Feedback in das Europäische Jahr einbringen können. Die 26 ausgewählten ÖsterreicherInnen, darunter auch Barbara Stöckl, Margit Fischer oder Franz Küberl, sollen durch ihren Bekanntheitsgrad und persönlichen Hintergrund als Multiplikatoren wirken und Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema generieren.

Links

Österreichische Homepage:
<http://www.2010gegenarmut.at/>

Europäische Homepage:
<http://www.2010againstpoverty.eu/>

Rückfragehinweis

Rückfragen richten Sie bitte an:

**Bundesministerium für Arbeit, Soziales und
Konsumentenschutz**

Mag. Norbert Schnurrer
Pressesprecher des Bundesministers Rudolf
Hundstorfer
Stubenring 1, 1010 Wien
Tel.: 01 / 711 00 – 2246
Fax: 01 / 711 00 - 2295
E-Mail: norbert.schnurrer@bmask.gv.at

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Mag.a Petra Hafner
Pressesprecherin der Bundesministerin Dr. Claudia
Schmied
Minoritenplatz 5, 1014 Wien
Tel.: 01 / 53120 – 5031
Fax: 01 / 53120 – 81 5031
E-Mail: petra.hafner@bmukk.gv.at

**Für Fragen zum Europäischen Jahr 2010 zur
Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung:**

Nationale Durchführungsstelle

BMASK, Abteilung für Grundsatzfragen und
Koordination in EU-Angelegenheiten (Abt.V/1)
Stubenring 1, 1010 Wien
Mag. Georg Reibmayr
Tel.: 01 / 711 00 - 6573
E-Mail: 2010gegenarmut@bmask.gv.at

Pleon Publico

Public Relations & Lobbying
Neulinggasse 37, 1030 Wien
Mag.a Marisa Mühlböck
Tel.: 01 / 717 86 150, Fax: 01 / 717 86 60
E-Mail: marisa.muehlboeck@pleon-publico.at